

## Streuobstkennzeichnung: Wider faule Billigimporte



Im November gab Landwirtschaftsminister Peter Hauk bekannt, dass die Zahl der Streuobstbäume im Land seit 1965 um gut die Hälfte gesunken ist – von 18 Millionen Bäumen auf 9,3 Millionen im Jahr 2005! »Geht es in diesem Tempo weiter, wird es im Jahr 2050 keine Streuobstwiesen mehr in Baden-Württemberg geben«, warnt BUND-Vorsitzende Brigitte Dahlbender. Der BUND fordert, die Fördermittel zu erhöhen und durch höhere Preise für Mostobst die Bewirtschaf-

tung der ökologisch wichtigen Streuobstwiesen wieder attraktiv zu machen. Weil Billigsäfte aus importiertem Apfelsaftkonzentrat die Preise für Apfelsaft ruinieren, fordert der BUND außerdem, auf Saftflaschen ein Herkunftszeichen einzuführen. »Die Kennzeichnungspflicht würde das Land keinen Cent kosten. Die Verbraucher jedoch können sich bewusst für Saft von einheimischen Streuobstbäumen entscheiden«, argumentierte Dahlbender.

## Bürger sollen über Flächenverbrauch entscheiden!

Ob der Acker Umgehungsstraße wird und der Streuobstgürtel ums Dorf einem Gewerbegebiet weicht – darauf haben die Bürger von baden-württembergischen Gemeinden bislang keinen direkten Einfluss. Doch viele Menschen sind mittlerweile sehr sensibel, was die ökologischen

Folgen des ungebrochenen Flächenverbrauchs angeht. Deshalb möchte der BUND gemeinsam mit NABU und dem Bündnis für Mehr Demokratie erreichen, dass Bürger künftig auch in Fragen der Bauleitplanung Bürgerentscheide durchführen können. Das Bündnis verweist auf

das positive Beispiel Bayerns, wo sich durch das Mitspracherecht eine lebendige direktdemokratische Praxis entwickelt hat. So konnten etwa flächenintensive Vorhaben verhindert oder durch schonendere Varianten ersetzt werden.  
[www.mitentscheiden.de](http://www.mitentscheiden.de)

## Anti-Atom-Demo: Oberschwaben kann anders

Am 21. November fand in der »atopolitischen Provinz« im ober-schwäbischen Ravensburg eine Kundgebung gegen die geplante AKW-Gefahrzeitverlängerung statt. Rund 2000 Teilnehmer aus der Region – deutlich mehr als die Veranstalter erwartet hatten – nahmen am Demonstrationzug und an der Kundgebung teil. Aufgerufen hatte ein Bündnis von Organisati-

onen und Parteien aus Ravensburg und der Region Oberschwaben-Bodensee-Allgäu, darunter auch der BUND. Die Teilnehmer wandten sich gegen Laufzeitverlängerung und forderten stattdessen den Ausbau der Erneuerbaren. Unter den Demonstranten fanden sich auch etliche Bauern, die Strom für die Region aus regenerativen Anlagen ernten (*Nächste Demo s. Seite 16*).



## Fördermittel fürs Rettungsnetz Wildkatze

Thomas Stefan



Mit Beginn des neuen Jahres ist eine bundesweite Infokampagne für das BUND-Wildkatzen-Projekt gestartet. Ermöglicht wird die drei Jahre dauernde Kampagne durch LIFE+. Das Förderprogramm der Europäischen Gemeinschaft unterstützt innovative Umwelt- und Naturschutzprojekte und finanziert die Hälfte der auf knapp zwei Millionen Euro veranschlagten Kosten. Ziel ist, über die Bedeutung eines europaweiten Waldverbundsystems aufzuklären und so die Voraus-

setzungen zu schaffen, etwa 1.000 Kilometer Korridor zu bepflanzen. Neben Baden-Württemberg nehmen Bayern, Hessen, Niedersachsen und Thüringen teil. Die BUND-Landesverbände werden politisch durch die jeweiligen Ministerien unterstützt. In Baden-Württemberg sind Veranstaltungen wie ein »Wildkatzenlauf«, Regionalkonferenzen und Infostände geplant, außerdem die Einrichtung eines Erlebnispfades und Umweltbildungsangebote.  
[www.bund-bawue.de/wildkatze](http://www.bund-bawue.de/wildkatze)